

Welche Wirtschaft wollen wir 'retten'?

Menschen in den Mittelpunkt – Keine Staatshilfen für Klimakiller

Die "Corona-Krise" geht neben der unmittelbaren Gesundheitsgefahr mit massiven negativen Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft einher. Die globale Wirtschaftskrise schwelte schon länger, Corona sorgt nun für ihren offenen Ausbruch. Nach der Stabilisierung des primären Geldkreislaufs (d.h. Refinanzierung von Banken und Staatsverschuldung) durch die EZB werden aktuell Staatshilfen (Kredite und Zuschüsse) in beispiellosem Ausmaß für Unternehmen und Selbstständige beschlossen, um die Folgen abzufedern. Diese Maßnahmen sind notwendig, weisen jedoch deutliche Lücken auf: Menschen in prekären Lebenslagen und Beschäftigungen werden davon kaum erreicht. Der dringend nötige ökologische Umbau droht vernachlässigt zu werden. Und wer die Kosten für die 'Rettungen' trägt, ist bisher völlig offen.

Die Grenzen des politisch und ökonomisch "Möglichen" sind plötzlich verschoben.

Wie schon in der 'Finanzkrise' 2007ff wird offensichtlich, dass staatliche "Geldknappheit" kein Argument ist: Geld ist bei Bedarf schnell mobilisierbar - in fast beliebiger Menge. Auch zeigt sich, dass in Krisenzeiten alle privaten Akteure systembedingt prozyklisch agieren und so zur Abwärtsspirale beitragen. Nur der Staat ist zu antizyklischem Eingreifen in der Lage; er kann und muss für wirtschaftliche Stabilität sorgen. Der Ruf nach umfangreichen staatlichen 'Rettungs'-Paketen ist daher unvermeidlich.

Am lautesten rufen jene, die sonst jegliche Regulierung als 'staatliche Einmischung in die Wirtschaft' ablehnen: Banken und andere Finanzunternehmen sowie (fossile) Großkonzerne. Der Staat hat die Mittel, wenn er will: Kurzfristig durch eine Ausweitung der Kreditaufnahme (Staatsanleihen), auf längere Sicht durch eine Steuerpolitik, mit der das ausgegebene Geld von Konzernen und Vermögenden "wieder reingeholt" wird. Auch öffentliche Banken können mit staatlicher Absicherung prinzipiell unbegrenzt Kredite zur Verfügung stellen, um kurzfristig die Liquidität gerade auch kleinerer Unternehmen zu sichern.

Bei aller ökonomischen Stabilisierung darf nicht vergessen werden, dass wir noch eine zweite drängende Krise zu bewältigen haben: Klimaschutz und ökologischer Umbau von Wirtschaft und Infrastruktur müssen bei den Krisen-Maßnahmen immer mitgedacht werden! Die Fehler der Bankenrettung 2009 dürfen nicht wiederholt werden, indem nach dem Gießkannenprinzip Geld ausgeteilt wird. Der möglichst vollständige Erhalt der (bisherigen, nicht gerade ökologischen) Wirtschaft kann nicht das Ziel sein! Vielmehr muss genau hingeschaut werden, welche Branchen und Unternehmen unter welchen Bedingungen 'gerettet' werden - und welche geschrumpft oder kontrolliert abgewickelt werden sollten.

Rettungspakete für Menschen und regionale Wirtschaft, nicht für fossile Großkonzerne!

Gerettet werden muss nicht 'die Wirtschaft' (wer ist das genau?), sondern Menschen: zum einen die betroffenen Erwerbstätigen, zum anderen alle, die Güter und Dienstleistungen benötigen.

Existenzsicherung und die Versorgung mit dem Notwendigen müssen im Mittelpunkt stehen, um allen Menschen die Sicherheit zu geben, nicht 'ins Nichts' zu fallen. Soweit möglich, sollte dabei auf regionalisierte Wirtschaft sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) gesetzt werden.

Die aktuelle Situation führt nur allzu deutlich vor Augen, wie krisenanfällig global outgesourcte Lieferketten sind, gerade bei essentiellen Gütern wie Medizinprodukten.

Gerechte Finanzierung der Krisenprogramme!

Die Krisen-Maßnahmen dürfen nicht - wie 2009 - von der Allgemeinheit in Form von Steuern und Kürzungen an anderer Stelle bezahlt werden. Die Kosten der 'Rettungen' müssen diejenigen tragen, die in den vergangenen Boomphasen überproportional profitiert haben in Form von hohem Einkommen und Gewinnen, steigenden Börsenkursen und niedrigen Steuern. Seit Jahrzehnten haben sich die soziale Spaltung und weitere ökonomische und ökologische Ungleichgewichte immer weiter verschärft. Sie sind die eigentliche Ursache der Wirtschaftskrise, die bereits lange vor Corona begann. Die Pandemie hat die krisenhafte Entwicklung "nur" extrem beschleunigt.

Auch das bestehende Subventionssystem bedarf eines grundlegenden Umbaus: Statt jährlich hunderte von Milliarden (direkt oder in Form externalisierter Kosten) in fossile Industrien zu stecken, von Energieerzeugung über Verkehr bis zur industriellen Landwirtschaft, müssen diese umgelenkt werden in eine sozial und ökologisch nachhaltige, regionalisierte 'neue Wirtschaft'.

Wie sieht die post-Corona-Wirtschaft aus?

Veraltete Produktions- und Konsumptionsweisen wie die überdimensionierte Autoindustrie, die Massenproduktion kurzlebiger Wegwerfartikel oder häufige Flugreisen und Kreuzfahrten dürfen nicht künstlich am Leben erhalten werden!

Die Corona-Krise und die notwendigen staatlichen Stützungsprogramme sollten als Chance genutzt werden, unsere Wirtschaft auf nachhaltige Beine zu stellen. So schnell wie möglich zurück zum zerstörerischen 'Business as usual' - angesichts der eskalierenden Umwelt- und Klimakrise ist das keine Option! In der Krise von 2007ff wurden Banken und Finanzsystem 'gerettet', damit das Wirtschaftssystem so weiterlaufen konnte wie gewohnt. Das rächt sich nun; die zugrundeliegenden Ungleichgewichte brechen sich umso heftiger Bahn.

Der Umbau muss sozial gerecht sein und die Menschen mitnehmen, ihnen eine Perspektive bieten. Er muss einhergehen mit einer breiten gesellschaftlichen Diskussion über die Frage: 'Welche Wirtschaft wollen und brauchen wir nach Corona angesichts der Klimakrise?'. Die aktuelle Situation darf nicht zum Vorwand für Demokratieabbau werden - wir brauchen mehr statt weniger Demokratie, gerade auch in Wirtschaftsfragen!

Als Arbeitsgruppe Finanzmärkte und Steuern von Attac Deutschland fordern wir:

1. Um neben dem gesundheitlichen auch das ökonomische Überleben zu sichern, muss jeder Mensch bis auf Weiteres Anspruch haben auf monatliche Geldleistungen in einer Höhe, die ein würdevolles Leben ermöglicht. Antragstellung und Gewährung müssen schnell, unbürokratisch und großzügig erfolgen. Bei der späteren Steuererklärung wird geprüft, ob der Zuschuss gerechtfertigt war; bei ausreichendem Einkommen erfolgt eine Rückzahlung.
2. Alle Krisenprogramme und öffentlichen Investitionen müssen so konzipiert sein, dass sie den sozial-ökologischen Umbau begünstigen. Um dezentral die Versorgung sicherzustellen, müssen nachhaltige, regionale Unternehmen bevorzugt gestützt werden, z.B. durch günstige Kredite der öffentlichen Förderbanken (EIB, KfW etc.) und Bürgschaften, wenn nötig auch durch Zuschüsse. Fossile Industrien sollten bei Schiefelage unter staatliche Kontrolle gestellt und kontrolliert geschrumpft bzw. abgewickelt, weiterhin notwendige Geschäftsfelder abgespalten werden.

3. Jetzt müssen die Weichen gestellt werden für eine gerechte, international koordinierte Steuerpolitik. Attac hat dafür umfangreiche Vorschläge vorgelegt, u.a.:
- höhere Spitzensteuersätze, Abschaffung der Abgeltungssteuer
 - progressive Vermögen- und Erbschaftssteuer
 - konsequenter Kampf gegen Steuerhinterziehung, -flucht und -vermeidung
 - Austrocknen von Schattenfinanzplätzen ("Steuerparadiesen")
 - Einführung einer Gesamtkonzernsteuer mit globalen Mindeststeuersätzen
 - Steuern (mit sozialem Ausgleich) auf Ressourcenverbrauch und transnationale Netze
 - umfassende Finanztransaktionsteuer

Reformen des Steuersystems wirken nicht sofort, daher ist kurzfristig eine höhere staatliche Kreditaufnahme notwendig. Schuldenbremsen und europäische Defizitgrenzen sehen für Krisenzeiten Ausnahmen vor. Gemeinsame Anleihen der Euro-Staaten ('Eurobonds') sind sinnvoll, um der Spekulation gegen vermeintlich schwächere Staaten vorzubeugen.

4. Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge, angefangen beim Gesundheitssystem; demokratische Vergesellschaftung bereits privatisierter Bereiche
5. Kündigungsverbot für Mietverhältnisse wegen ausstehender Zahlungen; Verbot von Zwangsräumungen wegen ausstehender Tilgungsleistungen bei selbstgenutztem Wohneigentum
6. Stützung von größeren Kapitalgesellschaften durch Kredite oder über Kapitalerhöhungen gegen öffentliche Beteiligung am Eigenkapital. Die staatliche Unterstützung muss mit einer Orientierung an öffentlichen Interessen einhergehen: Tariflohnvergütung, Betriebsrat, Begrenzung der Manager-Gehälter, keine Dividendenzahlungen und Aktienrückkäufe, Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen, ökologische Modernisierung der Betriebsabläufe und ggf. der Produktpalette
7. Risiko der Erhöhung des Zinsniveaus für die Unternehmens-Finanzierung entgegenwirken
8. Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs, auch wenn Banken in Schieflage geraten
9. Eindämmung von Krisen-Finanzspekulation durch geeignete Maßnahmen: Kreditaufnahme für spekulative Zwecke wie Leerverkäufe möglichst unterbinden, gezielte Interventionen am Markt
10. Verhinderung krisenbedingter Übernahmen sowie der Zerlegung von Unternehmen